

Edmund Stoiber: **Gemeinsam** anpacken – gemeinsam **wieder aufbauen**



Rede des Kanzlerkandidaten
der Union und Bayerischen
Ministerpräsidenten,
Edmund Stoiber,
am 29. August
im Deutschen Bundestag
zum Thema Hilfen für die
Flutopfer

Deutschland ist von der schwersten Naturkatastrophe der Nachkriegsgeschichte heimgesucht worden.

Wir trauern um die Toten. Unser Mitgefühl gilt den Menschen, die Angehörige verloren haben, die verletzt wurden, deren Zuhause zerstört wurde, deren Hab und Gut vernichtet ist. Wer dies mit eigenen Augen sieht, der spürt unmittelbar: Tausende Familien befinden sich in existenzieller materieller Not und am Rande seelischer Verzweiflung. Viele Menschen im Osten sind nach 12 Jahren Aufbau von den gewaltigen Schäden ins Mark getroffen worden. Wir stehen an ihrer Seite.

Unser Mitgefühl gilt auch unseren Nachbarn in Tschechien und Österreich. Naturkatastrophen, Not und Leid kennen keine Grenzen.

Aber auch Solidarität und Hilfe kennen keine Grenzen. Aus ganz Europa haben uns Hilfsangebote und Bekundungen des Mitgefühls erreicht. Dafür sagen wir allen Dank.

Wir alle stehen unter dem Eindruck der Naturgewalt, aber wir sehen auch die große Hilfs- und Spendenbereitschaft. Es geht eine Welle der Solidarität durch unser Land. Diese Tage und Wochen zeigen, dass die Opfer der Flut von ihren Landsleuten nicht al-

leine gelassen werden. Nachbarn helfen Nachbarn, Freunde Freunden, Fremde Fremden.

Tausende junger Frauen und Männer haben das oft beklagte Bild einer kalten, egoistischen Gesellschaft widerlegt. Sie haben Freizeit, Ferien und Urlaub geopfert. Sie haben bei brütender Hitze Sandsäcke geschleppt bis zum Umfallen. Von ihren Gesichtern war abzulesen: Wir tun etwas Sinnvolles und Wertvolles. Und manche haben es auch gesagt: Es ist gut, wenn man gebraucht wird. Auf diese Jugend kann Deutschland stolz sein. Mit ihr hat unser Land eine gute Zukunft.

Die Bundeswehr hat Großes geleistet

Ganz Deutschland ist auch stolz auf die Helfer von Feuerwehren, THW, Rotem Kreuz und von vielen Hilfsorganisationen, Vereinen und Verbänden. Gerade Staat und Politik haben dankbar zu sein für diesen großartigen Bürger- und Gemeinsinn.

Über alle Meinungsunterschiede hinweg zolle ich der Bundesregierung Respekt für ihre rasche Soforthilfe. Die Bundeswehr hat Großes geleistet. Wir können stolz sein auf unsere Soldatinnen und Soldaten!

Nicht weniger dankbar sind wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rathäusern, in den Landratsämtern, in den Landesregierungen und in den Krisenstäben. Sie haben Tag und Nacht gearbeitet. Sie mussten aus der Situation heraus sehr rasch Entscheidungen treffen, um den Opfern zu helfen und noch Schlimmeres zu verhindern.

Die Fluten haben überall in Europa Not, Leid und immense Schäden angerichtet. Im Osten Deutschlands sind die Verwüstungen besonders schwer. Und sie treffen eine Gesellschaft im Aufbau.

Viele Betroffene können nicht auf Rücklagen zurückgreifen. Sie haben oft noch Kredite zu schultern. Wo die Fluten sich Bahn brachen, sind zwölf Jahre mühsamer und entbehrungsreicher Aufbauarbeit dahin.

Ich habe es in Dresden und im Raum Bitterfeld mit eigenen Augen gesehen. 12 Jahre haben diese Menschen geschuftet. Mark um Mark, Euro um Euro haben sie investiert für den Aufbau. Umso mehr bewundere ich, wenn sie mitten in Schlamm und Dreck sagen: Wir lassen uns nicht unterkriegen!

Unter größten Mühen haben die Menschen den Städten und Dörfern ihrer Heimat ein neues, schönes Gesicht gegeben. Sie haben gekämpft um die Erhaltung der Stadtbilder, Kirchen, Theater und der nationalen Kulturgüter von europäischem Rang. Ich denke an den Zwinger in Dresden. Ich denke an Schloss Pillnitz. Viele in ganz Deutschland haben mitgebangt um Pirna, Torgau, Wittenberg, Dessau, Wörlitz und die vielen betroffenen Orte. Jetzt muss es heißen: Gemeinsam anpacken! Gemeinsam wieder aufbauen – von den Kulturgütern bis zu den Häusern und Betrieben!

Deswegen steht für mich fest: Die Opfer brauchen schnelle Hilfe. Schnelle Hilfe ist die wirksamste Hilfe. In diesem Ziel sind wir

uns einig. Zugleich wissen wir: Die Folgen der Flut werden ganz Deutschland über Jahre belasten. Diese Lasten müssen gerecht auf alle Schultern der Nation verteilt werden.

Was brauchen die Opfer der Flut?

■ **Hilfe für Privathaushalte**, von der Unterstützung für dringende Neuanschaffungen bis hin zur Reparatur oder dem Neubau des Zuhauses.

■ **Hilfe für Betriebe**. Wir müssen den durch die Flut in ihrer Existenz gefährdeten Betrieben in jedem Einzelfall schnelle Hilfen anbieten, um Insolvenzen zu vermeiden und Arbeitsplätze zu erhalten. Der Naturkatastrophe darf nicht auch noch die wirtschaftliche Katastrophe folgen.

■ **Hilfen für die Landwirtschaft**. Vielen Bauern wurde gerade zur Erntezeit der Lohn ihrer Arbeit zunichte gemacht. Auch ihnen muss wirksam geholfen werden.

■ **Hilfen für den Wiederaufbau** der zerstörten Infrastruktur. Es geht um die Wiederherstellung von Straßen, Brücken, Schienenwegen, Schulen, Kindergärten, Kliniken, Museen und großartigen Kulturdenkmälern der Deutschen.

Für diese immensen Aufgaben werden Hilfen in Höhe von rund 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das ist ein nationaler Kraftakt.

Aus nationaler Verantwortung und menschlicher Solidarität will die Union rasche Hilfen für die Opfer. Deswegen wird das Gesamtpaket der Bundesregierung von uns nicht blockiert. Damit geben wir den Flutopfern und den betroffenen Ländern und Kommunen Sicherheit über die Höhe des Hilfsfonds. Darin sind wir uns einig.

Herr Bundeskanzler, Sie haben versprochen: „Niemand soll nach der Flut materiell

schlechter gestellt sein als vor der Flut.“ Die Betroffenen klammern sich jetzt an dieses Versprechen. Doch der vorliegende Gesetzentwurf und die Erläuterungen Ihres Finanzministers erfüllen die von Ihnen geweckten Erwartungen nicht.

Ich habe in der *Sächsischen Zeitung* betont, dass kein ostdeutsches Unternehmen allein wegen der Flut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten darf. Das halte ich für elementar. Wenn die Wirtschaft dort nicht mehr auf die Füße käme, würden sich Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Perspektivlosigkeit breit machen. Den Grundsatz, dass kein Betrieb allein wegen der Flut in Schwierigkeiten geraten darf, ist richtig und wichtig angesichts der schwierigen Sondersituation der Betriebe im Osten. Hier brauchen die Betriebe Klarheit.

Herr Bundeskanzler, die Menschen werden Sie auch hier an Ihren Taten messen, nicht an Ihren Versprechungen.

Im Ziel rascher Hilfe für die Betroffenen sind wir uns einig. Nicht einig sind wir uns über den Weg der Finanzierung. Da wir jetzt nicht die Mehrheit im Bundestag haben, können wir unser besseres Finanzierungskonzept nicht durchsetzen. Eine unionsgeführte Regierung wird die Finanzierung umstellen. Am Umfang der Hilfen ändert das nichts.



Wir wollen die Hilfen von rund 10 Milliarden Euro finanzieren aus:

ERSTENS zusätzlichen Mitteln aus der Haushaltssperre, aus Umschichtungen und aus Mitteln der EU.

ZWEITENS: Anders als die Bundesregierung wollen wir den Hilfsfonds mit den verfügbaren Gewinnen der Bundesbank des Ge-

schäftsjahres 2001 in Höhe von 7,74 Mrd. € finanzieren. Das wird eine unionsgeführte Bundesregierung sofort beschließen, wenn wir dazu im nächsten Bundestag die Mehrheit haben.

Herr Bundeskanzler, es ist ja bemerkenswert, dass nun auch Ihr Nachfolger und Parteifreund in Hannover diesen Weg ins Gespräch bringt.

Mit unserem Konzept werden die Schulden langsamer abgebaut. Vorübergehend fallen zwar höhere Zinsen an. Aber das ist gerechtfertigt und sinnvoll, denn höhere Zinsen sind das kleinere Übel als höhere Steuern. Höhere Steuern lähmen die Konjunktur, hemmen das Wachstum, vernichten Arbeitsplätze. Höhere Steuern kommen uns teurer zu stehen als höhere Zinsen.

Die Fluthilfen sind Investitionen in die Zukunft – für Straßen, Brücken, Baudenkmäler, mittelständische Betriebe und private Existenzen. Von diesen Investitionen werden die zukünftigen Generationen in ganz Deutschland profitieren. Das ist gerade kein Schuldenmachen für den Konsum von heute zu Lasten der Generation von morgen. Das sind Investitionen für unsere Kinder und Enkel.

Das ist ein massiver Konjunkturanstoß, zu dem nach unserem Modell zusätzlich aber noch die beträchtliche Entlastungswirkung für die Bürger durch die Nichtverschiebung der Steuerreform hinzukommt.

Wir wollen eine andere Finanzierung, weil Deutschland neben der Flutkatastrophe unter einer zweiten nationalen Katastrophe leidet: Über 4 Millionen Arbeitslose mitten im Sommer.

In dieser Lage beschließt die Regierungskoalition heute hier in diesem Haus eine Steuererhöhung. Niedrigere Steuern zum 1. Januar 2003 stehen bereits seit zwei Jahren im Bundesgesetzblatt. Deshalb ist

die Verschiebung der Steuerreform für Unternehmer und Bürger eine Steuererhöhung. Das ist Gift für Einzelhandel und Mittelstand. Von den rund 7 Mrd. € an Steuererhöhung entfallen 5,6 Mrd. € allein auf die Lohnsteuer – also 80% auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Dadurch zahlt eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern und 30.000 Euro Bruttolohn im Jahr 334 € mehr Steuern – in Stuttgart genauso wie in Dresden, in Grimma ebenso wie in Hannover.

Die Bundesregierung bürdet allen Bürgern diese Finanzlast in einem Jahr auf – darunter auch den zigtausenden von der Flut geschädigten Bürgerinnen und Bürgern. Das empfinden die Opfer als ungerecht. Das nimmt ihnen Kraft und Mut.

Beim Finanzierungsmodell der Bundesregierung rechnet Handwerkspräsident Philipp mit dem Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen und der Pleite von 25.000 Betrieben. 200.000 Arbeitslose mehr kosten die öffentliche Hand pro Jahr 4,6 Milliarden Euro an Steuereinnahmen und Sozialausgaben.

Das beweist einmal mehr: Nichts ist teurer als die Arbeitslosigkeit! Und wir haben ohnehin gegenüber dem vergangenen Jahr 220.000 weniger Arbeitsplätze (im Mai 2002 gegenüber 2001).

Im ersten Halbjahr 2002 ist die Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 0,4% geschrumpft. Und erst gestern hat das ifo-Institut ein schwächeres Wachstum vorhergesagt. Kernproblem bleibt auch im kommenden Jahr die schwache Binnennachfrage. Gerade deshalb brauchen wir eine Steuersenkung, um Konsum und Investitionen anzuregen. Prof. Sinn warnt ausdrücklich – ich zitiere:

„Insofern kann es nicht richtig sein, die Steuerreform jetzt wegen der Flutkatastrophe zu verschieben.“ (Süddeutsche Zeitung, 29.8.)

Die FAZ von heute fasst die Aussichten in der Schlagzeile zusammen: *„Der Aufschwung rückt in weite Ferne.“* Diesen Trend nach unten müssen wir endlich stoppen und Deutschland wieder nach vorne bringen!

■

Doch Rot-Grün fällt in Krisenimmer nur eines ein: Steuererhöhungen!

Rot-Grün hat nach dem 11. September beschlossen: Steuern rauf! Bei Tabak und Versicherung. Rot-Grün beschließt nach der Flut: Steuern rauf! Für alle Steuerzahler. Und Rot-Grün hat ohnehin beschlossen: Steuern rauf! Bei der Ökosteuern zum 1. Januar 2003. In der Summe heißt das: dreifache Steuererhöhung zum 1. Januar 2003 – Ökosteuern, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer.

Das ist ein dreifacher Schlag gegen die Konjunktur. Das ist ein dreifacher Schlag gegen Arbeitsplätze in Deutschland. Das schadet ganz Deutschland.

Steuern runter für alle und Hilfen für die Opfer der Flut – das ist unser Konzept! Das hilft dem Osten. Das hilft ganz Deutschland.

Das Ausmaß der Flutkatastrophe ist Anlass, über Nothilfe und Wiederaufbau hinauszudenken.

Kurzfristig gilt es, den Hochwasserschutz zu verbessern, langfristig den Klimaschutz. Eine unionsgeführte Regierung wird folgende drei konkrete Maßnahmen einleiten:

ERSTENS: Alle Länder sind gefordert, mehr in den Hochwasserschutz zu investieren. Wir brauchen natürliche Wasserrückhaltungsmöglichkeiten, Freihaltung gefährdeter Flächen und Investitionen in Dämme, Deiche und Hochwasserrückhaltebecken. Das kostet Geld. Deshalb schlage ich ein natio-

nal abgestimmtes Programm für den Hochwasserschutz in Deutschland vor. Eine unionsgeführte Bundesregierung wird dazu schnellstmöglich zusammen mit Landwirtschaft und Ländern eine Konzeption erarbeiten.

ZWEITENS: Wir werden das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ verbessern, um größtmögliche Anreize zur Nutzung der neuesten Technologien und zur Senkung der Produktionskosten zu geben.

DRITTENS: Eine unionsgeführte Bundesregierung wird Wärmeschutzmaßnahmen in einer Größenordnung von rund 100 Millionen Euro pro Jahr steuerlich fördern. Damit lösen wir in den nächsten zehn Jahren ein Investitionsvolumen von zwei bis drei Milliarden Euro aus. Das schafft Arbeitsplätze im Mittelstand. Das größte CO₂-Einsparpotenzial liegt in der Förderung von Wärmeschutz- und Energiesparmaßnahmen an Altbauten. Damit setzen wir ökologische Anreize.

Den Ergebnissen von Rio und Kyoto verpflichtet

Die Ökosteuer hat dagegen keine ökologische Wirkung. Deshalb bleibt es dabei: Wir werden die nächste Stufe der Ökosteuer aussetzen. Ökologisch und ökonomisch wirkt nur eine europaweite, wettbewerbsneutrale, schadstoffbezogene Abgabe.

Umweltschutz ist Kernbestand einer auf Dauer angelegten, nachhaltigen Politik. Dazu haben wir uns verpflichtet bei der UN-Konferenz von Rio. Dazu haben wir uns verpflichtet in Kyoto. Diesen Weg haben CDU und CSU eingeleitet unter der Umweltministerin Angela Merkel. Auch nach Johannesburg sind wir bereit zu weiteren Schritten.

Zu den Problemen, die nur global zu lösen sind, gehört ohne Zweifel die Erwärmung des Klimas. Kernziel der Zukunftsvorsorge ist unstreitig die Reduktion der CO₂-Emissionen. Alle Länder müssen einen Beitrag leisten. Deutschland tut das mit seiner Klimaschutzstrategie seit 1990.

Wir haben uns innerhalb der EU dazu verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis 2012 um 21% zu senken. Wir übernehmen damit 75% dessen, was die gesamte EU leistet. Deutschland hat damit eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz. Von den 21% sind bereits 19% erreicht. Und von diesen 19% fallen rund zwei Drittel in die Zeit der unionsgeführten Bundesregierung bis 1998. Umweltschutz hat nicht mit Rot-Grün begonnen. Umweltschutz wird nicht mit Rot-Grün enden.

Wir brauchen jetzt Mut zum erneuten Aufbau

Was die Opfer der Flut jetzt neben den Finanzhilfen vor allem brauchen sind Mut zum erneuten Aufbau, Perspektiven für ihre Zukunft, Zutrauen in die eigene Kraft. Ich bin zuversichtlich: Mit dem unbeugsamen Willen, mit dem sich die Menschen gegen die Fluten stemmten, werden sie auch den Aufbau meistern. Der Bürgermeister von Grimma hat gesagt:

„In den Tagen der schrecklichen Flut habe ich begonnen zu resignieren. Aber die überwältigende Welle der Hilfsbereitschaft hat uns neue Kraft gegeben.“

Ich habe in Dresden und in Bitterfeld die Angst und Not gesehen und auch Verzweiflung gespürt.

Das erinnert meine Generation an die Bilder von Zerstörung und Verlust von Hab und Gut, wie wir sie aus den Schilderungen unserer Eltern kennen über die Kriegs- und

Nachkriegszeit. Wir ahnen dabei, welchen Mut und welche Kraft diese Generation hatte, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und sich nicht unterkriegen zu lassen.

Ich bin sicher: Die Menschen an Weißeritz, Mulde und Elbe haben heute ebenso den Durchhaltewillen, für sich und ihre Kinder wieder Lebensperspektive und Zukunft zu schaffen.

Uns in der Union geht es darum, den Opfern auch künftig beizustehen. Die Zuwendung darf nicht enden mit dem Sinken der Pegel. Sie muss auf Dauer bleiben. Ich bin

fest davon überzeugt: Zu dieser Solidarität steht das ganze deutsche Volk.

In der Krise zeigt sich der Zusammenhalt der Menschen in Ost und West. Die Feuerwehrfahrzeuge aus Essen oder Hof im Einsatz in Dresden. Die THW-Fahrzeuge aus Mainz oder Aalen in Sachsen-Anhalt: Das ist gelebte deutsche Einheit.

**Bei allen Unsicherheiten, Nöten
und Sorgen bleibt die Gewissheit:
Niemand steht allein. In der Not
stehen wir zusammen!**



Tausende junger Frauen und Männer haben das oft beklagte Bild einer kalten, egoistischen Gesellschaft widerlegt. Sie haben Freizeit, Ferien und Urlaub geopfert. Sie haben bei brütender Hitze Sandsäcke geschleppt bis zum Umfallen. Von ihren Gesichtern war abzulesen: Wir tun etwas Sinnvolles und Wertvolles. Und manche haben es auch gesagt: Es ist gut, wenn man gebraucht wird. Auf diese Jugend kann Deutschland stolz sein. Mit ihr hat unser Land eine gute Zukunft.